

**Für das Bulletin Vert**  
**Aus der Frühlingsession 2010**  
**Von Maya Graf, Fraktionspräsidentin**

Das für die Grünen wichtigste Geschäft der Frühlingsession war die Debatte über die Klimainitiative. „Unsere“ Volksinitiative, die wir zusammen mit den Umweltverbänden vor gut zwei Jahren eingereicht haben, verlangt in der Bundesverfassung verbindliche Klimaziele bis 2020 ( 30% Reduktion der Treibhausgasemissionen im Inland auf Stand 1990) mit den Schwerpunkten Energieeffizienz und neue erneuerbare Energien. Der Bundesrat hat als indirekten Gegenvorschlag die Revision des CO2 Gesetzes vorgelegt. Dieses wird aber erst in der Sommersession beraten. In der teils hitzigen Nationalratsdiskussion über die Klimainitiative zeigte sich einmal mehr, dass die bürgerliche Seite anstelle von Argumenten nur Ideologie vorträgt und verantwortungslos auf die von uns mit verursachte Klimaerwärmung reagiert. Wie sonst ist es zu erklären, dass diese sogenannten Wirtschaftsparteien es ablehnen mit der Klimainitiative Tausende von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen und Forschung und Innovation im ganzen Oekobereich voranzutreiben? Und somit erst noch mithelfen würden, zu einer griffigen Klimapolitik weltweit beizutragen?

Da bei einer Volksinitiative alle Nationalratsmitglieder je 5 Minuten reden dürfen, hat sich auch fast die Hälfte der Grünen Fraktion für die Klimainitiative stark gemacht. Am Schluss votierten 76 NationalrätInnen dafür und 107 dagegen. Gut, dass die StimmbürgerInnen im nächsten Jahr, in einem Wahljahr, das letzte Wort haben werden!

Ein weiteres Kerngeschäft der Grünen konnte dagegen in der Frühlingsession erfolgreich beschlossen werden: mit grossem Mehr stimmten beide Kammern für eine Verlängerung des Gentechnikmoratoriums in der Landwirtschaft bis 2013!

In der zweiten Sessionswoche stand die von den Grünen und der SP verlangte ausserordentliche Session zur Arbeitslosigkeit und die Debatte über die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf der Traktandenliste. Als einer der ganz wenigen Vorstösse wurde das Postulat von NR Antonio Hodgers überwiesen, das anregt Steuererleichterungen für Unternehmen zu prüfen, die Lehrstellen anbieten oder Personen mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beschäftigen. Für die Grünen zentral in dieser Diskussion ist, dass die Arbeitssuchenden als Opfer der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht durch Kürzungen der Taggelder oder Verlängerungen der Wartezeiten ein zweites Mal geprellt werden. Die Finanzprobleme der Arbeitslosenkasse könnten mit dem bereits vom Bundesrat vorgesehenen Solidaritätsprozent gelöst werden. Da das Parlament aber am Leistungsabbau auf Kosten der Arbeitslosen festhielt, werden bereits Unterschriften für ein Referendum gesammelt. Die StimmbürgerInnen werden im September abstimmen können und sich, hoffentlich wie beim Rentenklau, deutlich gegen den Leistungsabbau aussprechen!

Ein weiteres schwieriges Sozialversicherungsdossier ist die 11. AHV Revision, die bereits im Parlament zu scheitern droht. Zwar ist die Erhöhung des Rentenalters bereits von Stände- und Nationalrat beschlossen worden. Doch ob

und wie viel vom auf Kosten der Frauen eingesparten Geld für die Flexibilisierung des Rentenalters eingesetzt werden soll, darüber ist sich in Bundesbern niemand einig. Für uns Grüne ist klar: der Bundesrat hat der Bevölkerung bereits bei der 10. AHV-Revision ein flexibles Rentenalter versprochen. Dafür sollen nun mindestens die eingesparten 800 Millionen Franken jährlich eingesetzt werden.

Viel zu reden gab im Nationalrat auch die Abzockerinitiative. Diese Volksinitiative des Unternehmers Minder will die „goldenen“ Fallschirme für Manager verbieten und mehr Abstimmungstransparenz bei Vertretern der Pensionskassen vorschreiben. Diese Stärkung der Aktionärsrechte unterstützen die Grünen, obwohl sie weitergehende Forderungen gegen die Abzockerei fordern. Nachdem die SVP plötzlich auf den Zug aufgesprungen und Vizepräsident Blocher sich mit dem Initiant auf einen Gegenvorschlag geeinigt hatte, war klar, welch falsches Spiel die SVP spielt. Sie wollte mit allen Mitteln verhindern, dass im Wahljahr die Volksinitiative zur Abstimmung gelangt und stellte im Nationalrat sogar einen Ordnungsantrag auf Absetzung des Geschäftes. Dieser wurde mit 91 zu 101 Stimmen abgelehnt und nach einer 16 stündigen Debatte (!) schliesslich die Abzockerinitiative mit 66 zu 62 Stimmen angenommen.

Ebenso emotional war die Debatte im Nationalrat über die beiden Volksinitiativen zum Bausparen dank Steuersparen. Die Grüne Fraktion hat beide Initiativen abgelehnt. Aber sie wurden in der Fraktion heftig diskutiert. Denn während die Befürworter die Wohneigentumsförderung ins Zentrum stellten, machten die Gegner der Initiativen auf die steuerpolitischen Konsequenzen aufmerksam. Denn erstens würden einmal mehr Leute mit hohem Einkommen profitieren und zweitens belegte selbst der Bundesrat in seiner Botschaft, dass dieses Instrument kein wirksames Mittel für die breite Eigentumsförderung ist. Leider wurde der Rückweisungsantrag von Louis Schelbert (NR Luzern), der einen Gegenvorschlag verlangte, welche auch gemeinnützige und genossenschaftlichen Wohnungsbau berücksichtigt, abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit stimmte schliesslich beiden Volksinitiativen zu. Nun muss sich der hoffentlich weit vernünftigeren Ständerat in der Sommersession damit beschäftigen.

Nicht so vernünftig, sondern eher stur zeigt sich dagegen das Ständeratsbüro im Bezug auf die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK in Bezug auf den UBS-Deal und auf die Amtsführung des Bundesrates, der Verwaltung, der Schweizerischen Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht in der Finanzkrise. Der Nationalrat wollte diese PUK sofort einsetzen, das Ständeratsbüro widersetzte sich und sistierte den Antrag des Nationalratsbüros kurzerhand. Es wollte den Bericht der GPK abwarten. In der Sommersession wird auch dieses Seilziehen um Aufarbeitung, Verantwortlichkeiten und hoffentlich endlich auch Vorschläge für einen nachhaltigeren Finanzmarkt weitergehen.